

Spandauer Zeitung

Stapelnummer 10 Heftig.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden

Ercheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Verlag: Spandau, Markt 12.
Telefon: Spandau 127, 127, 127



Regelmäßige Belegten:
Wöchentlich: „Spandauer Anzeiger“, „Der Arbeiter“,
„Der Welt der Frau“, „Der Kleinrentner“,
„Der Arbeiter“, „Die deutsche Rundschau“.

Einzelnummern: 10 Pfennig.
Abonnement: 10 Mark pro Jahr.
Anzeigen: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag.
Werbung: 50 Pfennig pro Zeile pro Tag.
Verlag: Spandau, Markt 12.
Telefon: Spandau 127, 127, 127

Nummer 15.

Montag, den 19. Januar 1925.

32. Jahrgang.

Polens Gewaltpolitik gegen Danzig.

Von Dr. Walter Kochli.

Am Danzig ist über Nacht ein scharfer Konflikt entstanden, und es sieht ganz so aus, als wenn sich eine ernste Frage daraus entwickeln sollte. Die polnische Presse schäumt über in wütenden Betrachtungen gegen Danzig und den Völkerbundkommissar, und die englische Presse, die durch den Völkerbundkommissar in den Streit mit hineingezogen ist, äußert großen Unwillen und ernste Befürchtung über den Fortgang dieses Streitfalls.

Die Angelegenheit wird in der reichsdeutschen Presse kurzweg als Besetzung bezeichnet. In Wirklichkeit geht es um die Souveränität Danzigs. Das polnische Konsulat in Danzig hat über Nacht in rechtswidriger Weise in der ganzen Gemeinde der Stadt polnische Briefkästen anbringen lassen. Diese offensichtliche Verletzung der Danziger Staatshoheit hat jugendliche Nationalisten veranlaßt, die polnischen Briefkästen mit deutschen Farben zu übermalen. Daraus ergab sich eine Empörung bei der polnischen Presse Danzigs, dem Konsulat und der Warschauer Regierung. Die letztere richtete eine scharfe Note an den Danziger Senat mit dem dringenden Verlangen, den alten Zustand bezüglich der Briefkästen wieder herzustellen und mit der ultimativen Forderung nach Entschädigung und Genugtuung. Der Danziger Senat bedauerte in seiner Antwort die Vorfälle an sich, lehnte aber das polnische Verlangen mit großer Deutlichkeit ab und protestierte aufs schärfste gegen den Eingriff in die Danziger Staatshoheit. Da der Notenwechsel nicht zu einer Einigung führte, wurde die Angelegenheit dem Völkerbundkommissar zur Entscheidung übergeben.

Die Angelegenheit wurde von Regierung und Presse in Polen mit höchster Empörung zurückgewiesen. Der polnische Ministerrat trat zusammen und beschloß, die ablehnende Haltung Straßburgers gegenüber der Mac Donnell'schen Empfehlung voll und ganz zu unterstützen. Straßburger erhielt Instruktionen, die ihn ermächtigen, die Haltung der polnischen Regierung gegenüber dem Völkerbundkommissar klar und unabweisbar darzulegen. Es folgte ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen dem Völkerbundkommissar, dem Präsidenten des Danziger Senats und der polnischen Regierung. Die letztere erklärte schließlich, daß sie die Vermittlung des Völkerbundes in Genf anrufen müsse. In gleicher Weise wendete sich auch Mac Donnell darauf an das Generalsekretariat des Völkerbundes.

So sieht sich also der Konflikt zu einer hochpolitischen Angelegenheit von europäischer Bedeutung zu. Die polnische Presse gerät über die Entscheidung des Völkerbundkommissars in große Aufregung. Mit einer Schärfe und Anmaßung, die nicht zu überbieten sind, wendet sie sich gegen den englischen Völkerbundkommissar, ja sogar gegen England selbst und erklärt, daß die Frage der polnischen Post ist ganz zurückzutreten vor der Frage des Verhältnisses Polens zu dem Völkerbundkommissar. Die Postfrage wird also mit anderen Worten zu einer Postfrage gemacht. Der polnische Vizepremierminister Thugait schickt das Feuer nach weiter, indem er von amtlicher Stelle aus den Völkerbundkommissar der Parteilichkeit und des Verfalls einer Presse beschuldigt. Zum Schluß seiner Erklärungen droht er ganz offenkundig Gewalt und Repressalien gegen Danzig an. In vollkommener Respektlosigkeit ruft er dem englischen Kommissar zu: „Wir können jedoch keine so hohen Ämter, noch so große Nationen, denen wir gestatten könnten, uns rechtswidrig zu behandeln, niemandem und um keinen Preis werden wir gestatten können, uns wie eine Negernhorde zu behandeln.“ Die polnische Presse greift natürlich diesen Ton an. Da sie ja von oben gedeckt ist, Polen provoziert also nicht nur Danzig, sondern auch den englischen Kommissar, dessen Abberufung sie verlangt, und letzten Endes auch die englische Regierung. Man kann nicht gut annehmen, daß England sich diese Sprache gefallen lassen wird. Man hört denn auch aus London, daß die englische Regierung gar nicht daran denke, ihre Interessen in Danzig preiszugeben oder gar die Hand von Danzig zurückzuziehen. Auch für England handelt es sich jetzt um eine Postfrage.

Zum Schluß noch ein Wort über die Rechtsfrage. Diese ist meineswegs ungeklärt. Es liegt vielmehr eine Entschä-

Vor der Ernennung des Reichsfinanzministers

Berlin, 19. Januar 1925. (Eig. Meldung.)

Der Reichskanzler hat im Laufe des Sonntags seine Bemühungen fortgesetzt, eine für das Amt des Reichsfinanzministers geeignete Persönlichkeit zu finden. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen erfolgreich verlaufen. Der Reichsfinanzminister soll heute bestimmt ernannt werden. Unbestätigte Gerüchte zufolge gilt als aussichtsreichster Kandidat für dieses Amt der Präsident des Reichsfinanzhofes Saemisch, der zuerst abgelehnt hatte. In der heutigen Sitzung des Reichstages, die auf 6 Uhr abends angesetzt ist, wird Dr. Luther sein Kabinett vorstellen und die Regierungserklärung abgeben.

Der überparteiliche Kanzler — Erklärungen Dr. Luthers.

Am Sonnabend mittag erschien Reichskanzler Dr. Luther in der Pressekonferenz und hielt eine Ansprache, in der er zwar, um der Regierungserklärung vor dem Reichstag nicht vorzugreifen, sich nicht über das sachliche Programm der neuen Regierung äußerte, aber doch einige bedeutsame Mitteilungen über seine eigene Auffassung der gegenwärtigen Situation machte. Dr. Luther sprach zunächst von der Notwendigkeit einer vollständigen Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Presse und betonte dann nachdrücklich, daß die Verzögerung in der Abgabe der Regierungserklärung vor dem Reichstag lediglich durch die Schwierigkeiten der Personalbelegung verursacht worden sei; an den Meldungen über sachliche Differenzen innerhalb der Regierung habe er keine Anknüpfungspunkte gefunden.

Dr. Luther sprach dann über die Dauer der Regierungserklärung vom 7. Dezember bis 17. Januar und führte aus, daß von ihm hochverehrte Herr Marx sei mit seinen Bemühungen nicht gescheitert an irgendwelchen maßgebenden Persönlichkeiten, sondern an der objektiven Tatsache der Parteienzerplitterung. Er selbst, Dr. Luther,

werde sich eifrig bemühen, immer die einigenden Gesichtspunkte zu suchen. „Ich wollte“, so etwa sagte er, „unter allen Umständen ein Kabinett zusammenbringen, das eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat. Ein Parteiführer kann wohl auch eine Minderheitsregierung führen, aber ich als Beamter, der keiner Partei angehört, konnte daran nicht denken. Ich will möglichst alle Kräfte zusammenfassen und alle Parteien heranziehen, die bereit sind, sachliche Arbeit am Staatsgange und für das Volkswohl zu leisten.“ Zum Schluß sprach der Kanzler noch dem scheidenden Reichspräsidenten Dr. Spiecker den Dank der Regierung für seine Tätigkeit aus und betonte, daß dessen Nachfolger, Ministerialdirektor Kiep, ebenso wie er, keiner Partei angehöre.

Reichsjustizminister Dr. Frentzen.

Das Justizministerium wurde Sonnabend endgültig besetzt, da Oberlandesgerichtspräsident a. D. Frentzen in Köln, der politisch dem Zentrum nahesteht, einem an ihn ergangenen Ruf Folge leistete.

Dr. Joseph Frentzen ist 70 Jahre alt. Im Jahre 1897 wurde er an die Oberstaatsanwaltschaft in Köln berufen und blieb hier, seit 1898 Oberstaatsanwaltschaftsrat, bis zu seiner Berufung als Mitarbeiter im Justizministerium im Jahre 1899. 1900 wurde er zum Oberlandesgerichtsrat in Celle ernannt, trat seinen Posten aber nicht an, sondern blieb im Justizministerium, wo er im Juli 1900 Weheimer Justizrat und Postregender Rat wurde. 1913 erfolgte seine Ernennung zum Wirklichen Geheimen Oberjustizrat im Justizministerium. 1914 erhielt er den Titel eines Ministerialdirektors. 1914 wurde er zum Vorsitzenden des Ministerialrats für den Justiz- und Kultus ernannt, und zwar die Abteilung für Justiz und Kultus. In dieser Stellung erwartete er sich um das deutsche Recht in den alten Reichsländern große Verdienste. 1916 trat er den Posten eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln. 1922 wurde er verabschiedet.

Rahnalds Vorschläge überreicht.

Frankfurt a. M., 19. Januar.

Sonntag mittag hat der Handelsminister Rahnald der deutschen Wirtschaftsdelegation die schriftliche Fassung seiner Vorschläge unterbreiten lassen. Die deutsche Delegation unterzieht sie augenblicklich einer eingehenden Prüfung und wird in einigen Tagen dem französischen Handelsminister eine Antwort zugehen lassen.

Von Seiten der deutschen Delegation wird über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen nachmals eine Darstellung verbreitet, in der es heißt, daß der Hauptgrund für die entstandenen Meinungsverschiedenheiten darin liegt, daß die deutsche Delegation am dem von beiden Seiten beschriebenen Protokoll vom 12. Oktober festhält, wonach die Weisheitsbegünstigung de jure an Frankreich gegen die Weisheitsbegünstigung de facto an Deutschland gewährt werden soll. Bezüglich der Vorzugsbehandlung der einheimischen Wirtschaft Artikel müsse die deutsche Delegation sich eine Regelung ablehnen, die auf eine Verlängerung des im Versailles-Vertrage vorgesehenen Regimes hinausläufe.

Paris, 19. Januar.

Die Morgenpresse, die gestern aus nicht ganz erschöpflichen Gründen von dem bevorstehenden Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen hat, obwohl sie wußte, daß Handelsminister Rahnald der deutschen Wirtschaftsdelegation schriftliche Vorschläge zur Prüfung überreichten würde, erklärte gestern, es hätten Unterkommissionen der beiden Delegationen die Frage der Errichtung deutscher Konsulate in Frankreich besprochen, was ein Beweis dafür sei, daß man deutsch-französisch verhandeln wolle. Man, der schon vom Justizrat sprach, schreibt, was den Abschluß der Handelsvertragsverhandlungen außerordentlich schwierig gefalle, sei, daß Frankreich einen protektionistischen Zolltarif bestimme, der später revidiert werden müsse. Infolgedessen wolle Frankreich den augenblicklichen Ministerrat für einige deutsche Produkte beschließen, für andere Produkte wieder einen erhöhten Ministerrat, was eine Vorwegnahme des kommenden Ministerrates sei. Endlich schlägt die französische Unterdelegation für gewisse deutsche Produkte den augenblicklichen Ministerrat vor, aber unter der Bedingung, die Quantität dieser Produkte zu konstantieren. Deutschland dagegen habe schon endgültig seinen Zolltarif und die französischen Bedingungen an, die auf alle Fälle endgültig seien. Hieraus ergäbe sich die Schwierigkeit. Man müsse sich deshalb fragen, ob es nicht besser wäre für Deutschland ein Abkommen zu treffen, gegründet auf einer gewissen Gegenseitigkeit und gültig bis zu dem Augenblick, in dem das französische Parlament den französischen Zolltarif abgeändert habe.

Verhaftungen in der Wohnstätten-Affäre.

Berlin, 19. Januar.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind gestern durch Kriminalbeamte die beiden Haupttationäre und Direktoren der Trianon-Gesellschaft, die Brüder D. und J. Schrötter, sowie der gegenwärtige Geschäftsführer der Wohnstätten-G. m. b. H., Regierungsrat Breitshneider, und der frühere Geschäftsführer derselben Gesellschaft Wegel, der ein Schwägerkind des neuernannten Reichsministers des Innern Schiele ist, und der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Wohnstätten-G. m. b. H., Geheimrat Glag, festgenommen worden.

Das Wahlergebnis von Lippe.

Detmold, 18. Januar.

Das Endergebnis der lippeischen Landtagswahlen ist folgendes: Es erhielten Sozialdemokraten 8 Mandate, Deutschnationalen 6 Mandate, Deutsche Volkspartei und Zentrum je 3 Mandate, Christlicher Gewerksverein 1 Mandat, Kommunisten ein Mandat, Demokraten 1 Mandat, Wirtschaftsvereinigungen ein Mandat. Insgesamt 24 Mandate.

Feuersbrunst in Osaka.

Frankfurt a. M., 19. Januar.

Paris, 19. Januar. Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge hat eine große Feuersbrunst über 300 Häuser in Osaka zerstört. Es sollen etwa 50 Personen verwundet, aber keine getötet worden sein.
London, 19. Januar. „Times“ meldet aus Tokio, daß durch die Feuersbrunst in Osaka 1200 Personen obdachlos geworden seien.
Kempner, 19. Januar. Die Seismographen von Georgetown haben gestern vormittag ein Erdbeben in etwa 8000 Km. Entfernung verzeichnet, dessen Herd wahrscheinlich in Japan liegt.